

Notizen

Die Verleihung des diesjährigen *Friedensnobelpreises* an die guatemaltekische Menschenrechtlerin *Rigoberta Menchú* bezeichnete die deutsche Kommission „Justitia et Pax“ ebenso wie die „Christliche Initiative Romero“ als Symbol, um auf die Menschenrechtsverletzungen in Guatemala hinzuweisen, und als „Zeichen der Hoffnung“ für den Friedensprozeß in diesem Land. Als „Signal der Ermutigung“ wertete auch Misereor-Hauptgeschäftsführer *Norbert Herkenrath* die Preisverleihung an Menchú, deren Leben ein einziger Kampf für den Frieden sei. Der Limburger Bischof *Franz Kamphaus* bezeichnete sie als Verkörperung des Beitrages der Indianer für eine zukünftige Völkergemeinschaft in Gerechtigkeit und Frieden.

Gegen die Verweigerung des „Nihil obstat“ für den Sozialwissenschaftler und Fachmann für Fragen der Entwicklungspolitik, den Jesuiten *Johannes Müller*, durch die römische Kongregation für das katholische Bildungswesen, protestierte der Chefredakteur der Monatszeitschrift „Stimmen der Zeit“, *Wolfgang Seibel*, in einem Beitrag dieser Zeitschrift (vgl. Oktober-Ausgabe, S. 685 ff.). Müller sollte zum Professor für Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik an der Münchner Jesuiten-Hochschule für Philosophie berufen werden. Die Kongregation habe ihre Entscheidung auf Grund eines anonymen Gutachtens gefällt, dem jede fachwissenschaftliche Kompetenz fehle. Es sei erschreckend, so Seibel, wie leichtfertig einem Autor Behauptungen unterschoben würden, die er gar nicht gemacht habe, wie man Bemerkungen zu zentralen Aussagen hochstilisiere und in sie einen Gegensatz zum kirchlichen Lehramt hineinlese. Bei den inkriminierten Äußerungen ging es u. a. um Fragen der Bevölkerungspolitik, künstlicher Mittel zur Empfängnisregelung sowie der Befreiungstheologie.

Auf „ausdrückliche Bitte“ des EKDRates wird der evangelische Militärbischof *Heinz-Georg Binder* sein Amt weiterführen. Binder, der Ende dieses Monats als Bonner Bevollmächtigter der EKD ausscheidet, ist seit 1985 im Nebenamt Militärbischof. Ende vergangenen Jahres hatte er wegen innerkirchlicher Differenzen um den Militärseelsorgevertrag von 1957 um vorzeitige Entlassung aus dem Amt gebeten (vgl. HK, Februar 1992, 56 f.). *Hartmut Löwe*, bisher als Präsident im Kirchenamt der EKD seit 1980 zuständig für „Theologie und öffentliche Verantwortung“, wurde Mitte September vom Rat der EKD zum Nachfolger Binders als neuer Bevollmächtigter „am Sitz der Bundesregierung Deutschland“ bestimmt.

Zu neuen Mitgliedern der Internationalen Theologen-Kommission ernannte

Johannes Paul II. u. a. den Bochumer Fundamentaltheologen *Hermann Joseph Pottmeyer*, den in Peru lehrenden deutschen Ordenstheologen *Norbert Strotmann-Hope* sowie den zum katholischen Glauben konvertierten Bruder der Ökumenischen Brudergemeinschaft von Taizé, den Ökumene-Fachmann *Max Thurian*. Pottmeyer rückte für den nach drei Amtsperioden ausgeschiedenen Erfurter Moraltheologen *Wilhelm Ernst* nach.

Bei der 33. Bundestagung des *Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU* Ende September in der Lutherstadt Wittenberg wurde Bundesfrauenministerin *Angela Merkel* zur neuen Vorsitzenden des EAK gewählt. Sie ist Nachfolgerin von *Peter Hintze*, der den Evangelischen Arbeitskreis seit 1990 leitete, dieses Amt aber jetzt nach seiner Berufung zum CDU-Generalsekretär abgab. Frau Merkel, die aus einem evangelischen Pfarrhaus in der ehemaligen DDR stammt und sich nach der Wende erst dem „Demokratischen Aufbruch“ und dann der CDU anschloß, sagte nach ihrer Wahl, der EAK könne eine anspornende Kraft für ein angemessenes Verhältnis der evangelischen Kirche in den neuen Ländern zum Staat sein: „Die Antipathie gegenüber dem Staat, die sich in 40 Jahren herausgebildet hat und in Ansätzen auch in den alten Bundesländern besteht, die scharfe Trennung von politischer Macht und Ausübung des Glaubens, kann nur durch kontinuierliches Gespräch abgebaut werden.“

Zum zweiten „Kirchentag“ in den *Niederlanden* kamen am 19. September nach Amersfoort (Provinz Utrecht) etwa 18 000 Menschen. Der Kirchentag, vom „Rat der Kirchen“ in den Niederlanden getragen, bildete den offiziellen Abschluß des „konziliaren Prozesses“ für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung in den niederländischen Kirchen. Ein erstes Treffen dieser Art hatte 1989 in Utrecht stattgefunden. Der Vorsitzende des Rates der Kirchen, der katholische Kirchenrechtler *Ruud Huysmans*, sagte in Amersfoort, der Aufruf zur Teilnahme am konziliaren Prozeß habe in den Niederlanden einiges bewirkt: „Die Kirchen haben sich alle beteiligt, und das hat auf viele Gemeinden und Pfarreien ausgestrahlt.“ Beachtung fanden auf dem Kirchentag und darüber hinaus vor allem Äußerungen des niederländischen Justizministers *Hirsch Ballin* in einer Podiumsdiskussion über „Kirchen auf dem Weg zum Jahr 2000“: Der Minister beklagte, daß sich die Kirchen zu sehr auf die Reste ihrer früher stattlichen Herden zurückgezogen hätten.

In unlängst veröffentlichten *Thesen zur Frauenordination* hat die Kirchenrecht-

liche Arbeitsgemeinschaft der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) gemahnt, unterschiedliche Bewertung und Praxis der Frauenordination in den Kirchen dürften nicht zum Abbruch des ökumenischen Dialoges führen. Kirchen, die die Ordination von Frauen zum geistlichen Amt ablehnten, sollten prüfen, ob nicht Frauen das schon urchristlich belegte und in der orthodoxen Kirche bis ins 11. Jahrhundert hinein bestehende *Diakonissenamt* übertragen werden könne, um damit neue Erfahrungen zu sammeln. In der evangelischen Kirche seien die Widerstände gegenüber der Frauenordination zurückgegangen, seitdem Kirchenmitglieder Erfahrungen mit Theologinnen in der Gemeindegarbeit gemacht hätten.

Mit dem Appell, Menschenrechtsverletzungen an den *Ureinwohnern des Kontinents* zu bekämpfen, wandte sich die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International an alle Regierungen Amerikas. Es müßten unverzüglich Untersuchungen eingeleitet, Täter zur Rechenschaft gezogen, vor allem aber die Landkonflikte geregelt werden. Denn Folter, Verschwindenlassen, das Morden von Zehntausenden und die stille Duldung der Behörden, wenn Indianer Opfer von Verbrechen würden, seien weiterhin die erschreckende Realität der indigenen Völker Amerikas.

Nach Treffen in Sremski Karlovci und Slavonski Brod haben sich am 23. September dieses Jahres in Genf der Zagreber Erzbischof, Kardinal *Franjo Kuharić* und der serbisch-orthodoxe Patriarch *Pavle* zum dritten Mal zu Gesprächen über die Situation im früheren Jugoslawien getroffen. Das Oberhaupt der bosnischen Muslime, Ra'is ul Ulama *Jakub Selimoski*, konnte nicht, wie ursprünglich geplant, zu dem Treffen aus Sarajevo ausreisen. In ihrer dreiseitigen Erklärung am Ende des unter der Vermittlung von CCEE und KEK zustande gekommenen Treffens verurteilten die Kirchenführer „einmütig und einstimmig“ die Verbrechen gegen die Menschen, riefen zur Toleranz auf und forderten die sofortige und bedingungslose Einstellung aller Feindseligkeiten, die Befreiung aller Kriegsgefangenen, die Auflösung der Lager und das Ende der „unmenschlichen Praxis der ethnischen Säuberung“.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind je ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, von Publik-Forum, Oberursel, Missio, München, und eine Verlegerbeilage beigelegt.